AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 14.01.2015 | Silvia Popp & Steffen Angenendt

9.600.000.000 gute Gründe

Bevölkerungswachstum ist politisch kaum ein Thema. Sollte es aber sein.

Die Weltbevölkerung entwickelt sich äußerst ungleich: Laut Prognosen der Vereinten Nationen (VN) wird die globale Bevölkerung bis zum Jahr 2050 von derzeit 7,2 auf 9,6 Mrd. Menschen zunehmen, und dieses Wachstum wird vor allem in den ärmsten Staaten Subsahara-Afrikas und Asiens stattfinden. Gleichzeitig wird sich in nahezu allen Industriestaaten die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung beschleunigen. Zudem gibt es viele Schwellenländer, in denen der demografische Wandel schon fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen ist.

Diese demografische Dreiteilung der Welt birgt zahlreiche Herausforderungen, aber auch Chancen. Die Bevölkerungsdynamik kann Konflikte verschärfen, aber auch Wohlstand und Entwicklung fördern. Ob Länder vom demografischen Wandel profitieren oder unter ihm leiden, hängt zumindest zum Teil von politischer Gestaltung ab.

Demografische „Stressfaktoren“

Aus sicherheitspolitischer Sicht bereitet vor allem die Konfliktanfälligkeit von jungen Bevölkerungen Sorge. Empirisch gesehen besteht ein unübersehbarer Zusammenhang zwischen dem Durchschnittsalter einer Gesellschaft und der Häufigkeit von Konflikten. Länder mit extrem junger Bevölkerung (grob definiert als Länder mit einer Geburtenrate von mehr als vier Kindern pro Frau) sind in besonderer Weise bedroht. Statistisch ist das Bürgerkriegsrisiko dort – beispielsweise in Mali, Niger, Kongo, Somalia, Afghanistan oder Timor-Leste – dreimal so hoch wie in Ländern mit einer „reifen“ Altersstruktur, in der die Geburtenrate unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau gefallen ist.

Ein wesentlicher Grund ist, dass das Bevölkerungswachstum üblicherweise mit steigendem Ressourcenverbrauch einhergeht, was die Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser, Nahrung, Energie und Land verschärft. Dies kann sich in Konflikten entladen, wenn keine politischen Ausgleichs- und Vermittlungsverfahren bestehen. Diese aber fehlen insbesondere in fragilen oder „gescheiterten" Staaten („failed states"). Beunruhigend ist, dass gerade in diesen Staaten der grundlegende Mangel an Sicherheit die Menschen dazu bewegt, sich große Familien zu wünschen. Dies führt zu einem Teufelskreis, denn die hohen Geburtenraten schwächen wiederum die Fähigkeit der Regierungen, bessere Rahmenbedingungen für Entwicklung und Sicherheit zu schaffen.

Ein Risiko für innerstaatliche Gewalt besteht aber auch in Ländern, die im demografischen Wandel bereits fortgeschritten sind, aber immer noch eine jugendliche Altersstruktur aufweisen. In diesen Ländern haben die Geburtenraten bereits vor einiger Zeit abgenommen, die jungen Alterskohorten sind aber noch stark besetzt (Jugendüberhang). Die Beispiele des Arabischen Frühlings und der teilweise gewalttätigen Studentendemonstrationen in Lateinamerika, Thailand, der Türkei und China zeigen, dass ein großer Anteil Jugendlicher, die keine wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Perspektiven und Beteiligungsmöglichkeiten sehen, politischen Protest und gewalthaltige Konflikte fördern kann.

Viele Untersuchungen beispielsweise zum Jugendüberhang zeigen, dass es insbesondere dann zu Konflikten kommt, wenn die jungen Erwachsenen keine beruflichen Perspektiven sehen.

Schließlich können auch in demografisch älteren Gesellschaften divergierende Geburtenraten verschiedener Ethnien oder Religionsgemeinschaften Ängste vor einer demografischen Übermacht der jeweils anderen Gruppen schüren und für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Dies gilt besonders, wenn eine der Gruppen wirtschaftlich benachteiligt oder politisch ausgeschlossen wird. Ein häufig diskutiertes Beispiel sind die sich verändernden Anteile der jüdischen und muslimischen Bevölkerung in Israel und Palästina zugunsten der muslimischen Bevölkerung. Auch extreme Urbanisierungsraten und grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen gelten als demografische „Stressfaktoren". Die in vielen Industriestaaten verbreiteten und in wirtschaftlichen Krisen regelmäßig zunehmenden Ängste vor „Überfremdung"

durch Zuwanderer und Gewalttätigkeiten gegen Flüchtlinge und Migranten können als Beispiel dienen.

In all diesen Fällen lassen sich Zusammenhänge zwischen aktuellen und zurückliegenden demografischen Veränderungen und Konflikten nachweisen. Gleichwohl kann der demografische Wandel auch positive Wirkungen haben, und die Forschung bietet – neben berechtigter Sorge – auch Anlass zu Optimismus.

Demografische Dividende

So zeigt die Forschung erstens, dass zwischen der Altersstruktur einer Bevölkerung und dem Konfliktrisiko kein monokausaler Zusammenhang besteht. Die demografische Veränderung ist nie die alleinige Ursache eines Konfliktes. Viele Untersuchungen beispielsweise zum Jugendüberhang zeigen, dass es insbesondere dann zu Konflikten kommt, wenn die jungen Erwachsenen keine beruflichen Perspektiven sehen. Wenn also beispielsweise die Verbesserung der schulischen und universitären Bildung ins Leere führt, weil keine Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind oder die Ausbildung nicht praxisorientiert genug war. In Ländern, die besonders von politischen Unruhen betroffen sind, zeigen sich eben solche Entwicklungen: eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in Nordafrika, schlechte wirtschaftliche Perspektiven in Lateinamerika oder fehlende politische Partizipation in Hongkong.

Zweitens können demografische Veränderungen, wie der Wandel von einer sehr jungen zu einer jugendlichen Altersstruktur, unter günstigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen durchaus positiven Einfluss auf die sozioökonomische Entwicklung eines Landes haben. Bei ausreichenden Investitionen in Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarkt kann die Bevölkerung vom demografischen Bonus profitieren. Dabei handelt es sich um einen begrenzten Zeitraum von wenigen Jahrzehnten, in dem relativ viele Menschen im arbeitsfähigen Alter für die Versorgung von relativ wenigen Kindern und alten Menschen zur Verfügung stehen. Während dieser demografischen Phase können Staaten die günstige Altersstruktur für wirtschaftliche und soziale Entwicklung nutzen, so dass sich der demografische Bonus als demografische Dividende auszahlt. Beispiele dafür sind die südostasiatischen „Tigerstaaten“ (insbesondere Südkorea) seit den 1960er Jahren.

Bei ausreichenden Investitionen in Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarkt kann die Bevölkerung vom demografischen Bonus profitieren.

Drittens nimmt empirisch betrachtet das Konfliktrisiko im Laufe der demografischen Transformation ab. Diesen Prozess werden die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer in den nächsten Jahrzehnten durchlaufen. Es ist zu erwarten, dass die durch das Bevölkerungswachstum und den Jugendüberhang induzierten Sicherheitsrisiken tendenziell abnehmen werden – was aber selbstverständlich keine Garantie dafür ist, dass nicht auch demografisch „reifere“ Staaten Kriege führen können.

Auswirkungen von Bevölkerungsdynamiken sind politisch beeinflussbar

Bevölkerungswachstum, Veränderungen der Altersstruktur, Urbanisierung und grenzüberschreitende Wanderungen können unter schlechten Bedingungen politische Konflikte und Gewalt begünstigen. Gleichwohl lassen sich einige dieser Rahmenbedingungen politisch beeinflussen. Hierzu gehört vor allem, die Regierungen der Staaten mit sehr hohen Geburtenraten in ihren Bemühungen um eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu unterstützen.

Viele Regierungen wollen die sexuelle und reproduktive Gesundheit ihrer Bevölkerung fördern, brauchen dabei aber internationale Unterstützung. Die Industriestaaten können weiterhin insbesondere durch Investitionen in Gesundheit und Bildung helfen und so dazu beitragen, dass die Risiken gewalthaltiger Konflikte verringert und die Chancen für die Nutzung des demografischen Bonus erhöht werden. Dafür aber müssen Bevölkerungsdynamiken in der außen- und sicherheitspolitischen Analyse und in der Entwicklungszusammenarbeit größere Beachtung als bisher finden.



Silvia Popp
Berlin

Silvia Popp ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sie hat Volkswirtschaftslehre sowie Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam studiert.



Steffen Angenendt
Berlin

Steffen Angenendt ist seit 2006 Senior Associate der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und ist in der Forschungsgruppe Globale Fragen tätig. Zuvor war er Berater für Migration und Entwicklung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

1 LESERBRIEFE

Karl Georg Zinn schrieb am 15.01.2015

Die demografische Entwicklung wird in den deutschen Medien bisher weitgehend auf das nationale Problem einer "alternden Gesellschaft" eingeengt thematisiert. Die

recht alte Frage, ob das globale Bevölkerungswachstum die Tragfähigkeit unseres Planeten überschreitet oder bereits überschritten hat, findet kaum Aufmerksamkeit, als ob es sich um ein Tabu handelt. Es bedarf deshalb eines gewissen Mutes, sich überhaupt damit zu befassen. Danke, dass die Autorin sich nicht gescheut hat, den Blick auf die demografischen Problemregionen zu richten und behutsam den bevölkerungspolitischen Aspekt zu erwähnen. - Die bevölkerungspolitische Frage hatte John Maynard Keynes bereits zu Beginn der 1920er Jahre in einer heftigen Kontroverse mit William Beveridge aufgeworfen und ist später wiederkehrend darauf zurückgekommen. Alfred Weber warnte in den 1950er Jahren vor den vielfältigen Gefahren, die aus einem anhaltenden Bevölkerungswachstum resultierten. - Die aktuellen Berechnungen zur Tragfähigkeit der Erde differieren erheblich. Jean Ziegler popularisiert die Zahl 12 Milliarden Menschen, die sich ernähren. ließen. Die maixmale Tragfährigkeit wurde zur Mitte des 18. Jahrhunderts von J. P. Süßmilch sogar auf 14 Milliarden beziffert. Solche Berechnungen sind fragwürdig; nicht wegen der statistischen Schwierigkeiten, sondern wegen der machtpolitisch bedingten Verteilungsverhältnisse. Die 9.6 Milliarden Gründe für die Politik, sich mit dem

Bevölkerungswachstum auf der Erde zu befassen, werden leider auch in Zukunft nicht schwer genug wiegen, um eine grundlegende Veränderung des demografischen "Laissez-faire" herbeizuführen und Verteilungskriege, Klimakriege und die "kleinen" Landräubereien der Reichen an den Armen zu verhindern.
